



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller, Patrick Friedl, Paul Knoblach, Laura Weber, Christian Hierneis, Christian Zwanziger, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Barbara Fuchs, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Kooperation von Landwirtschaft, Landschaftspflege und Naturschutz nicht aufs Spiel setzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- die unverzichtbare Zusammenarbeit der bayerischen Landwirtinnen und Landwirte mit den Landschaftspflegeverbänden (LPVs) für die Umsetzung von Biotoppflege, Erhalt von Mähwiesen, Pflege ökologisch wertvoller Flächen und anderer naturschutzfördernder Maßnahmen weiterhin einkommenswirksam zu honorieren,
- verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für Landwirtinnen und Landwirte beizubehalten, um die freiwilligen naturschutzorientierten Leistungen weiterhin zu ermöglichen und die Diversifizierung der landwirtschaftlichen Betriebe zu stabilisieren,
- die geplante Aufbauschung der Bürokratie und den erwartbar erhöhten Bearbeitungsaufwand zukünftiger Förderanträge zurückzunehmen,
- die Bedeutung der bayerischen Kulturlandschaft für den Tourismus hervorzuheben und, anstatt diese wertvolle Ressource durch Kürzungen zu bedrohen, den Artenreichtum unserer Kulturlandschaft zu erhalten und zu steigern,
- sich an Zusagen und gesetzliche Verpflichtungen zu halten und den Naturschutz nicht als erste Sparmaßnahme zu betrachten, sondern insbesondere gut etablierte und erfolgreiche Maßnahmen wie beim Artenhilfsprogramm Feldhamsterschutz verlässlich zu fördern,
- die Öffentlichkeit über die Auswirkungen dieser Kürzungspläne zu informieren.

Begründung:

Die geplanten Kürzungen im Bereich Landschaftspflege und Naturschutz im Nachtragshaushalt der Staatsregierung in Höhe von 18 Mio. Euro gefährden die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Landwirtschaft in Bayern. Die Bemühungen der Landwirtinnen und Landwirte, die durch Diversifizierung und naturschutzorientierte Maßnahmen zu wertvollen Partnern im Natur- und Artenschutz geworden sind, werden unterminiert.

Im Schreiben „Staatsministerin Michaela Kaniber informiert - Die Bayerischen Forderungen für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU ab 2028 (GAP 28)“ vom 25.09.2024 steht unter dem Titel „Attraktive finanzielle Anreize für Nachhaltigkeit und Tierwohl“ fol-

gendes: „Landwirtinnen und Landwirte spielen eine zentrale Rolle, wenn es um freiwillige Leistungen in den Bereichen Nachhaltigkeit, Klima-, Umwelt- und Artenschutz sowie Tierwohl und Pflege der Kulturlandschaft geht. Diese sind für die gesamte Gesellschaft unverzichtbar. Als Motivation für diese Leistungen ist eine angemessene einkommenswirksame Entlohnung über eine reine Aufwandsentschädigung hinaus notwendig. Die Nachhaltigkeitsziele der EU lassen sich nur durch eine bessere finanzielle Ausstattung der GAP erreichen.“

Gleichwohl verlangen bayerische Natur- und Artenschutzziele eine ebenso verlässliche und bessere finanzielle Ausstattung. Es ist Zeit, den Worten über die zentrale Rolle der Landwirtschaft konkrete Taten folgen zu lassen.

Auf allen Ebenen ist und bleibt das Engagement für den Erhalt und die Förderung der natürlichen Lebensgrundlagen in Bayern essenziell. Die Staatsregierung wird aufgefordert, die notwendigen Mittel bereitzustellen, um die gesetzlich verankerten Ziele des Naturschutzes und die Vereinbarungen des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ zu erfüllen. Auch in Zeiten weniger voller Staatskassen bleibt die Verantwortung der Politik, Natur zu schützen, Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe zu erhalten und die Zukunft einer lebendigen und vielfältigen bayerischen Kulturlandschaft zu sichern.

Besonders die Mitglieder im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus und die Mitglieder im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz sind aufgefordert, sich entschieden gegen die Kürzungen im Nachtragshaushalt auszusprechen.